

Warum beunruhigen die US-Pläne für Grönland vor allem die baltischen Staaten?

21 Jan. 2026 06:30 Uhr

Die baltischen Staaten sorgen sich auffallend stark um das Schicksal Grönlands. Warum sie eine mögliche Annexion der fernen arktischen Insel als Bedrohung wahrnehmen, obwohl sie nicht zur EU gehört, und welche Rolle die Angst vor Russland dabei spielt, erklären Experten.



© Urheberrechtlich geschützt

Die Premierminister von Estland, Lettland und Litauen in Riga, 12.12.2025

Von Stanislaw Leschtschenko

Es ist wohlbekannt, dass die Pläne der USA zur Annexion Grönlands Europa verstört haben und die Alte Welt bereits eine Reihe von Gegenmaßnahmen vorbereitet, insbesondere im Bereich der Handelsbeschränkungen. Vor allem Politiker aus den baltischen Staaten verfallen dabei in Panik. Ihre allgemeine Meinung wurde vom ehemaligen litauischen Ministerpräsidenten Andrius Kubilius, dem derzeitigen Verteidigungsbeauftragten der Europäischen Kommission, zum Ausdruck gebracht. Kubilius warnte, "wenn die US-Regierung beschließen würde, Gewalt anzuwenden, um die Kontrolle über Grönland zu erlangen, dann würde dies definitiv das Ende aller transatlantischen Beziehungen und der NATO bedeuten."

Andrius Kubilius hoffe, dass die USA von Gewaltmaßnahmen absähen, da sonst "die paradoxe Frage aufkäme: Wenn die Vereinigten Staaten militärische Gewalt gegen Grönland anwenden, was sollen sie dann als NATO-Mitglied tun? Denn gemäß der NATO-Charta muss die NATO eines ihrer Mitglieder, in diesem Fall Dänemark und dessen Territorium, vor jeglicher Aggression schützen."

Seinen Worten zufolge könnten die Vereinigten Staaten, wenn sie "die Sicherheit Grönlands oder der Region stärken wollen", einfach ihre Militärstützpunkte in diesem Gebiet ausbauen. "Solche Möglichkeiten stehen ihnen zur Verfügung. Dazu ist es überhaupt nicht nötig, mit einer Eroberung Grönlands zu drohen oder Angst zu schüren", argumentiert der EU-Kommissar. Die USA streben jedoch die vollständige Kontrolle über die Insel an und haben kein Interesse an einer Anmietung oder anderen Formen der Kooperation.

Die litauische Premierministerin Inga Ruginienė forderte "ernsthafte Gespräche mit den USA und dem US-Präsidenten". Ihrer Meinung nach sollte man dabei nicht aus den Augen verlieren, dass ein strategischer Partner wie die Washington für die EU sehr wichtig sei und dass "ein gemeinsames Verständnis von Sicherheitsfragen unsere Stärke ist." Daher sollten die EU-Länder laut Ruginienė in ständigem Kontakt mit Washington bleiben, Gespräche mit den Amerikanern führen und sie davon überzeugen, keine drastischen Schritte zu unternehmen, die die "westliche Einheit" erschüttern könnten.

Im Anschluss an die litauische Führung äußerte sich auch der lettische Präsident Edgars Rinkēvičs in einem versöhnlichen Ton gegenüber Washington. "Ich verstehe die legitimen Sicherheitsbedürfnisse der USA und bin überzeugt, dass diese durch einen direkten Dialog zwischen Dänemark und den USA sowie im Rahmen der kollektiven Verteidigung gelöst werden können", schrieb Rinkēvičs in den sozialen Netzwerken. Die Vorsitzende der Kommission des lettischen Parlaments (Saeima), Ināra Mūrniece (Mitglied der russophoben Partei "Nationale Vereinigung", NVP), forderte dazu auf, "eine für die USA und Grönland gleichermaßen akzeptable und vorteilhafte Lösung zu finden."

Der estnische Kollege von Ināra Mūrniece, Marko Mihkelson, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Parlament Estlands (Riigikogu), wandte sich an Randy Fine, den Verfasser des Gesetzentwurfs über den Beitritt Grönlands zu den Vereinigten Staaten: "Sehr geehrter Herr Kongressabgeordneter Fine! Bitte denken Sie daran, dass die USA durch ihre Verbündeten stärker sind. Grönland befindet sich in Sicherheit und ist Teil unserer starken gemeinsamen Partnerschaft in der NATO", so Mihkelson.

Übrigens ist dieser estnische Politiker ein überzeugter Russenhasser. Er hat wiederholt gefordert, "Russland auf allen Fronten aktiv unter Druck zu setzen." In Bezug auf die USA vertritt er jedoch eine ganz andere Meinung. Mit anderen Worten: Die Politiker der baltischen Staaten flehen übereinstimmend, eine "Konfrontation zwischen der EU und den USA zu vermeiden" sowie den Wünschen Washingtons so "respektvoll" wie möglich zu begegnen.

Die lettische EU-Abgeordnete Inese Vaidere (einst "treues" Mitglied der KPdSU) appelliert an ihre "Stammgenossen", Folgendes zu begreifen:

"Die USA sind unser stärkster Partner."

Auch sie hofft, dass US-Präsident Donald Trump davon Abstand nehmen wird, den Dänen Grönland mit Gewalt wegzunehmen. Mehr noch: Mit etwas Glück könnte es gelingen, die USA gegen Russland und China aufzuhetzen.

Natalia Jeremina, Doktor der Politikwissenschaften und Professorin an der Staatlichen Universität St. Petersburg, kommentiert gegenüber der Zeitung *Wsgljad*:

"In Wirklichkeit sind all diese flehentlichen Appelle von vornherein zum Scheitern verurteilt. Ein gleichberechtigter Dialog mit der Europäischen Union ist nicht vorgesehen: Sie wird von Washington nun

als 'Beute' und nicht als Dialogpartner betrachtet. Die jammernden Aufschreie 'Wie kann das sein, wir waren doch so gute Freunde!' lassen die Trump-Regierung unbeeindruckt."

Die Politologin merkt an, dass die baltischen Staaten im Falle Grönlands nach Doppelstandards vorgehen. Sie sagt:

"Sie kritisieren zwar verbal die Annexion Grönlands, erkennen jedoch die Verteidigungsinteressen der USA an, mit denen Washington seine Ansprüche auf diese Insel begründet. Dabei ignorieren die Balten jedoch, dass auch Russland Sicherheitsinteressen hat. Gerade diese kategorische Weigerung, Russlands Recht auf Sicherheit anzuerkennen, hat zur aktuellen geopolitischen Krise geführt. Nicht weniger heuchlerisch ist es, dass die Massenmedien der baltischen Staaten über die Leiden berichten, denen die Dänen die Einwohner Grönlands ausgesetzt haben, und dabei demonstrativ ignorieren, dass direkt vor ihrer Haustür Regime geschaffen wurden, die die russischsprachigen Gemeinschaften im Baltikum der Unterdrückung aussetzen."

Der oppositionelle Abgeordnete des estnischen Parlaments, Alexander Tschaplygin, war einer der wenigen baltischen Politiker, die diese Anbietung der baltischen Staatschefs gegenüber den USA kritisierten. Er war insbesondere darüber empört, dass Estland sich geweigert hat, eine Erklärung einiger EU-Staaten mitzuunterzeichnen, in der die Gebietsansprüche der USA auf Grönland verurteilt wurden.

In seiner Rede vor dem estnischen Parlament wies Tschaplygin darauf hin, dass die Europäische Union in rasantem Tempo ihre Souveränität verliere. Er kritisierte den deutschen Bundeskanzler Friedrich Merz, welcher die Hoffnung geäußert hat, dass die USA gemeinsam mit Dänemark weiterhin "den Schutz Grönlands gewährleisten" würden und dass die konkrete Form der "Verteidigungszusammenarbeit" im Laufe der Verhandlungen festgelegt werden sollte.

Alexander Tschaplygin merkte an:

"Ich verstehe nicht: Ist Merz tatsächlich ein Dummkopf oder gibt er nur vor, einer zu sein? Die USA haben ganz klar ihre Absicht bekundet, Grönland zu annektieren, aber er spricht von irgendeiner 'Zusammenarbeit'."

Der Abgeordnete äußerte sich empört:

"Wir werden erniedrigt und ausgenutzt... Und wir ertragen all diese Demütigungen gehorsam und versuchen, gute Beziehungen zum Hegemon zu pflegen. Obwohl sein eigentliches Ziel nicht darin besteht, uns zu helfen, sondern seine eigenen Interessen zu verfolgen."

Letztendlich sei seiner Meinung nach nicht auszuschließen, dass die größten EU-Mitgliedstaaten zu dem Schluss kommen, dass "die Europäische Union aufgelöst werden muss: Die Interessen Brüssels stehen in zu offenkundigem Widerspruch zu den nationalen Interessen der Mitgliedstaaten."

Doch für die baltischen Staaten wäre es katastrophal, wenn die EU auseinanderfallen würde. Während die NATO diese Region unter ihrem sogenannten Sicherheitsschirm behütet, versorgt die Europäische Union sie mit Finanzmitteln – die baltischen Staaten überleben in vielerlei Hinsicht nur dank der umfangreichen Finanzspritzen aus europäischen Fonds.

Die Politologin Natalja Jeremina erklärt:

"Derzeit sehen sich Litauen, Lettland und Estland nur als Teil der EU und der NATO. Denn genau diese Organisationen tragen zum Erhalt der 'Lebensfähigkeit' dieser Staaten bei. Ohne die EU und die NATO würden die baltischen Staaten wie Organismen sein, denen plötzlich ihre Skelette genommen wurden. Genau deshalb herrscht dort derzeit eine solche Panik."

Dies bestätigen auch die Äußerungen des estnischen EU-Abgeordneten Sven Mikser, ehemaliger Außenminister dieses Landes. Er erläutert:

"Wenn die USA erklären, dass alles, was in der westlichen Hemisphäre geschieht, zu ihrem privilegierten Interessengebiet gehört und andere Länder damit nichts zu tun haben, dann besteht nicht der geringste Zweifel, dass auch andere Großmächte versuchen werden, dasselbe in ihren unmittelbaren Nachbarregionen zu unternehmen. Leider sind wir der unmittelbare Nachbar einer Macht, die uns gegenüber deutlich feindseliger eingestellt ist, was uns natürlich Anlass zur Sorge gibt."

Tatsächlich, so Natalja Jeremina, habe gerade Washington (und nicht Moskau) der Europäischen Union die Rolle des Opfers zudedacht. Deshalb seien die Balten, die noch vor kurzem so mutig in Richtung Russland gespuckt hätten – in der Überzeugung, dass die NATO sie notfalls verteidigen würde –, heute in einem Zustand der Schockstarre und des Zitterns. Aktuell habe die Europäische Union nicht den Mut, anzuerkennen, dass gerade Russland die Schaffung einer verlässlichen Sicherheitsarchitektur vorgeschlagen habe. Sie hätten diesen Vorschlag abgelehnt und müssten nun die Konsequenzen tragen.

Jeremina ist der Ansicht:

"Trump ist offensichtlich nicht daran interessiert, die NATO-Strukturen in ihrer bisherigen Form aufrechtzuerhalten. Am stärksten würde der Zerfall der NATO die baltischen Staaten treffen. Große Länder wie Frankreich und Deutschland sind autark und können auch ohne die NATO überleben. Was aber die baltischen Staaten angeht, kann von Eigenständigkeit keine Rede sein."

Sie fasst zusammen:

"Wirtschaftlich sind sie Zwerge, demografisch gesehen sind sie im Sinkflug. Das Einzige, was ihnen geblieben ist, ist ihre umfassende Russophobie."

Übersetzt aus dem [Russischen](#). Der Artikel ist am 19. Januar 2026 zuerst auf der Homepage der Zeitung "Wsgljad" erschienen.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln